

Rheingauer Bürgerfreund

Gescheit Dienstags, Donnerstags und Samstags.
in letzterem Case mit dem illustrierten Unterhaltungsblatte.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Größte Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.

Fernsprecher No. 88.

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Inseratenpreis pro sechshäufige Zeitseite 20 Pf.

N 17

Samstag, den 8. Februar 1919

70. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bl. Inf. Div. — Generalstab — 2 Bureau Nr. 1476 —
1477.

Befehl.

Ich habe festgestellt, daß gelegentlich des 2. ds. Mts. abgehaltenen Appells der Demobilisierten die Offiziere mit der Truppe befohlen waren.

Für die Zukunft sind die aus dem Heeresdienst entlassenen Offiziere auf besondere Liste auszuführen und gesondert von den übrigen Militärpersonen zu einem etwaigen Appell zu befehlen.

gez. Eoochard.

Ordre.

Je constate que, pour l'appel des démobilisés allemands qui a eu lieu le 2. Février, les officiers ont été convoqués avec la troupe.

Dorénavant, les Officiers démobilisés seront portés sur une Liste spéciale et seront l'objet d'une convocation distincte de celle des hommes de troupe.

sign. Eoochard.

Befehl des französischen Kreisverwalters vom 3. 2. 19. Nr. 63/630.

Vom 3. Februar 1919 an können Geldüberweisungen zwischen den befreiten Gebieten und dem nicht befreiten Deutschland unter Kontrolle der franz. Wirtschafts-Section und durch Vermittlung nachfolgender Banken in Mainz erfolgen:

Reichsbank, Mainz,
Diskonto-Gesellschaft, Mainz,
Kronenberger & Co., Mainz.

gez. Vachroix.

Arbeitszeit.

Der Herr Militärrammandant läßt bekanntgeben, daß die Verordnung vom 23. November 1918, durch welche die gesetzliche tägliche Arbeitszeit festgelegt wurde, keine Anwendung auf die von den Alliierten besetzten Gebiete finden kann; es ist Sache der Interessenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich in dieser Hinsicht auf gütigem Wege zu verständigen, wenn sie die Verständigung dem Einschreiten der Militärrammandate vorziehen. In Sälen, wo Männer aus Gründen und Ursachen, welche hätten vermieden werden können, ohne Arbeit sind, werden diese in Arbeitsgruppen zusammenge stellt und für den Wegebau und sonstige Arbeiten verwendet.

Die Herren Bürgermeister ersuchen um ordentliche Bekanntgabe.

Rüdesheim a. Rh., den 4. Februar 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der bis zum 4. Oktober ausgestellten Vergütungsmerkblätter über gemäß § 3 Ritter 1 und 2 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. 6. 1873 in den Monaten Februar, Juni und Juli 1918 gewährte Kriegsleistungen im Regierungsbezirk Wiesbaden werden hiermit aufgefordert, die Vergütungen bei der Regierungskanzlei bzw. dem zuständigen Kreisstaaten gegen Rückgabe der Merkblätter in Empfang zu nehmen.

Es kommen die Vergütungen für Naturalquartiere, Naturalversorgung und Rourage in Betracht. Den in Frage kommenden Gemeinden wird von hier aus noch besonders mitgeteilt, welche Vergütungsmerkblätter in Frage kommen und wieviel die Binsen betragen.

Auf den Merkblättern ist über Befreiung und Binsen zu schreiben. Die Quittungen müssen auf die Reichs- und Hauptpostkasse lauten. Der Befreiungsbefehl mit Ende des Monats Dezember 1918 auf. Die Befreiung erfolgt gütig an die Inhaber der Merkblätter gegen deren Rückgabe. Bei einer Befreiung der Vergütungen der Inhaber ist die zahlende Kasse berechtigt aber nicht verpflichtet.

Wiesbaden, den 22. Januar 1919.

Der Regierungspräsident.
J. A. gez. Hundelshausen.

Die Nationalversammlung.

Eröffnungssitzung.

Weimar trägt Sonntagsstimmung und Festtagsschönung. Weimar liegt über der Stadt. Von den Häusern wehen Fahnen in den deutschen und weimarschen Farben. Im altenbürdigen Weimarer Museumsgebäude ist der zweite deutschen Nationalversammlung eine würdige Heimstätte bereit et worden.

Das Innere des Nationaltheaters bietet ein freundlich-festliches Bild. Auf der Bühne, welche nach hinten zu halbkreisförmig abgeschlossen ist, steht im Vordergrunde die Präsidententribüne mit dem hohen, aus dem Reichstag herübergebrachten Präsidentenstuhl. Die Präsidententribüne ist mit Blumen reich geschmückt. Vor der Präsidententribüne steht das Rednerpult und zu beiden Seiten der Rednertribüne je zwei Reihen Bänke mit Plätzen für die Delegationsmitglieder. In den Rundzimmern hinter der Präsidententribüne stehen im Hintergrunde ebenfalls aus dem Reichstag herübergebrachte Säulen der Vertreter der Einzelsstaaten.

Der Saal ist schon geraume Zeit vor Eröffnung der Sitzung voll besetzt. Die Regierung hat an ihren Plätzen vollzählig Platz genommen. Pünktlich um 3½ Uhr eröffnet Ebert die Sitzung mit einer Ansprache, in der er zunächst die Frauen herzlich begrüßt. Als er von der Revolution sprach und die Worte brauchte: In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltverschöpfung, hörte man bei der Rechten lebhafte Bischen. Ebert fährt fort: Die Regierung begrüßt in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. (Beifall.) Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafte Beifall links, Bischen rechts, wiederholter starker Beifall links, Rufe rechts: Abwarten!) Wir vertragen niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier, aber so gewiß wie die Nationalversammlung eine große republikanische Freiheit hat, so gewiß sind die alten gottheitlichen Abhängigkeiten für immer besiegt. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. (Gurke bei den Unabhängigen: „Wir Rosse!“) Diese Freiheit ist der einzige Weg, auf dem es sich aus dem Blutumpf des Krieges und der Niederlage wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Chor! Rufe rechts. Rufe links: „Nein, nie-mals!“) Meine Herren und Damen, es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete. (Gurke: „Luendorff hat es gemacht“) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und der wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr wahr!) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Land, in das die verfehlte Politik der alten Gewalt und der Übermacht der Militärs das deutsche Volk gefürzt hat. (Sehr wahr! Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. (Sehr wahr! Widerspruch und Gurke: „Solidaristen!“)

Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gut gemacht werden durch Hand-in-Hand gehen der Völker. (Beifall und Zustimmung.) Angestossen des Waffenstillstandes der Völker erscheint die Schlußfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein abschätzliches Verschulden oder eine absichtliche Niederrichtschaft nachgewiesen werden kann. Der Militarismus ist in Trümmer gefügt und wird nicht mehr erscheinen. (Gurke bei den Unabhängigen: „Sie richten ihn wieder auf“) Redner erörtert dann die Waffenstillstandsbedingungen und wendet sich an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerzuhören zu lassen. Das deutsche Volk und die Regierung begrüßen die Aufforderung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung für den Anschluß an Deutschland aufrichtig und voll Freude und erwidern sie mit herzlicher Brüderlichkeit. Redner richtet einen warmen Appell an die Unternehmer und Arbeiter, alle Kräfte anzuspannen zur Arbeit, die allein uns retten kann und schlägt: Wir müssen hier in Weimar die Handlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie verwirklichen und sie mit wahren sozialen Geist in sozialistischer Art zu erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat. Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, geprägt auf Gleichheit aller, denen, was Menschenantigkeit tragt. (Lebh. Rufe. und Händeschütteln.)

Hierauf besiegt der Mehrheitssozialist Abg. Pfannkuch den Präsidentenstuhl und richtet als Präsident an die Versammlung eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Zug ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Erziehung bestehen, ob es reit ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewalttherrschaft einer Minderheit sich beugen muß. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation. Sie allein hat von heute ab in Deutschland zu entscheiden. Wer ihr die unbeschränkte Gewalt zu schmaßen sucht, der frevelt an des deutschen Volkes Macht und Freiheit.

Sodann wurde die Geschäftsordnung des Reichstages als provisorisch auf Vorschlag des Präsidenten angenommen.

Der Räteauskriß ergab die Anwesenheit von 297 Abgeordneten.

Der Alterspräsident Pfannkuch beräumt die nächste Sitzung ab dann auf Freitag, nachmittags 3 Uhr an.

Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Die Besetzung der Räte.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß sich beim Vernehmen nach, den Volksauftragten Ebert als Reichspräsidenten und Scheidemann als ersten Reichsminister vorzuschlagen. Als Präsident für die Nationalversammlung werden in sozialdemokratischen Kreisen Lage (Breslau), Klein (Dessau) und Mül-

lungen) genannt. Der bürgerliche Block wird vermutlich für einen Zentrumsbürgersmann als Präsidenten der Nationalversammlung eintreten. Bei der Wahl des Reichspräsidenten wollen die Deutschnationalen weiße Hände abgeben. Außer Scheidemann wird für den Posten eines Ministerpräsidenten auch noch Deitrichburg genannt. Das Gesamtministerium soll wesentlich anders gestaltet werden und sich aus 10–15 Mitgliedern aus allen Parteien zusammensetzen.

Bolschewisten-Herrschaft.

Es soll im lieben Deutschland wirklich immer noch Menschen geben, die nicht so recht an das Wesen des Bolschewismus glauben wollen. Die Tatsachen selbst müssen sie erst anstrengen, um sie zur schauenden Erkenntnis zu zwingen. Mit solch tatsächlichem Material kann das neueste, äußerst lebenswerte Werk der Süddeutschen Monatshefte, München, auswirken. Arthur A. Anreypser, der soeben aus Russland zurückkehrte, berichtet hier u. a. folgendes:

Der Bolschewismus hat in der letzten Zeit eine Entwicklung durchgemacht insowein, als daß Wahlprinzip völlig abgedroht ist; wohl existieren noch Soldaten- und Arbeiterräte, doch sind sie zu Attrappen geworden, die nicht die geringste Macht besitzen. Es ist ein absolut tyrannisches System. Alle Führer und Kommissare werden nicht gewählt, sondern von der handvoll Bolschewist-Diktatoren ernannt. Täglich finden in Petersburg Erziehungen und Verhaftungen statt, nach annähernder Schätzung haben in den vereinigten Sowjet-Republiken innerhalb der vier letzten Monate 30 000 Menschen hingerichtet. Die Kämpfer der Sowjet-Republiken sind freidämmige Söldner, bestehend aus leichten Schützen, Kavallerie, aus dem östlichen Steppen und großstädtischen Mob. Als die bolschewistische Offensive gegen das Polen begann und die unglückliche Stadt Narwa dem Bolschewismus zum Opfer fiel, konnte man sehen, was das bedeutet. Nicht nur, daß eine große Anzahl der Einwohner infolge der Beschießung der Stadt in ihren Häusern umkamen, sondern es wurden auch 62 Repräsentanten der Stadtverwaltung, Hauptmannschaft und der Industrie, in ihren eigenen Wohnungen erschlagen. Selbstverständlich wurde die Stadt völlig ausgeraubt und die vorhandenen, ziemlich großen Vorräte an Lebensmitteln wurden gen Osten abtransportiert. Von Augenzeugen wird außerdem über eine Menge von Grenzstädten berichtet. Ausgeführt von Kungur, berichtet Unzählige Gebäude und Bauerngehöfte sind in Rauch und Flammen ausgegangen. Aus den größten Städten wie etwa Riga, Dorpat, Tiflis und hunderte ins Innere Russlands verschleppt worden. Kurz bevor wir Riga verließen, kam noch die Nachricht, daß in der Gegend von Oder 20000 Soldaten, die den Bolschewisten in die Hände gefallen waren, in einem Gebäude eingeschlossen und darauf auseinander gesprengt wurden. Einige von den Soldaten, die aus dem brennenden Gebäude sprangen und sich retten wollten, wurden erschossen. In welcher Weise die Bolschewisten Rache nehmen, sieht man daraus, daß es in vielen Gegenden zu kaum auszudenken Schrecklichkeiten gekommen ist. Ganze Familien von Bauern sind aufgesperrt worden, deren Hütte auf Holzblöcken, die Hände und Arme an den mit Spulen gedeckten Tisch genagelt waren. Kastrierungen, Ohren- und Nasenabschneiden sind an der Tagesordnung. Beimgleich auch die Verhöllnisse in Deutschland schon recht chaotisch sind, so muß doch bemerkt werden, daß die einzigen Gruppen der Bevölkerung die diese Zustände begünstigen, sich schreckend gar keine Verteilung machen, was aus einem Lande wird, wenn der Bolschewist zur Herrschaft gelangt. Willkür, Mord, Plünderungen, völkerlicher Verfall der Städte und des ländlichen Landes, absolute Arbeitslosigkeit, Räte, Dunkelheit und Hunger, das sind die Merkmale eines Bolschewisten-Staates. Es war für uns ein merkwürdiges Gefühl, auf der Durchreise in Berlin den russischen Bolschewist, Rade, unter den Einwohnern, herumzugehen, während durch seine Arme Deutsche Soldaten in den Ostseeprovinzen lebendig verbrannt wurden.

Frankreichs Garantien.

Die "Times" veröffentlichten einen von Frank Simonds verfaßten Leitartikel, in dem Frankreichs Räume bei der endgültigen Regelung der Friedensfrage auseinandergelegt werden. Simonds führt aus, daß Frankreich bei dem Frieden eine eigene Stellung einnehmen, denn Frankreich sei immer der Gefahr deutscher Angriffe ausgesetzt gewesen, und der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich vielmehr in einem Jahrhundert auf französischem Boden geführt worden. Lediglich sei ein Teil Frankreichs von Deutschland anerkannt worden. Deshalb sei es eine wichtige Bedingung, daß Frankreich sich für den Fall, daß der Völkerbund praktisch scheitern sollte, Garantien verschaffe, damit ein künftiger Krieg nicht mehr auf französischem Boden geführt werde. Daher verlangt Frankreich die Schließung der strategischen Eisenbahnen und

Knotenpunkte, die Deutschland vor dem Kriege hatte und die es zum Zwecke schneller Herbeiführung seiner Truppen an die Grenze benötigte. Nur eine Eisenbahnlinie, die für den Kriegsfall gehandt wurde und keinerlei wirtschaftlichen Nutzen dienen sollte, habe es Deutschland ermöglicht, Belgien zu überwältigen. Die Franzosen würden weiter die Schleifung der Festungen auf dem linken Rheinufer verlangen und verbieten, daß die Deutschen Garnisonen auf dem westlichen Rheinufer halten dürften. Dadurch wäre die Garantie gegeben, daß, falls es noch einmal zum Kriege kommen sollte, die erste Phase dieses neuen deutschen Angriffes auf deutschem und nicht auf französischem Gebiet sich abspielen müsse. Frankreich verlangt keineswegs eine Besetzung des linken Rheinufers, sondern nur die Garantie, daß ein neuer deutscher Angriff vom Rhein abgelenkt werde. Keine andere Großmacht habe das gleiche Interesse oder lebe in ähnlicher Gefahr. Daher verlange Frankreich von der Friedenskonferenz, daß man seine Forderungen unterstützen, um dadurch natürliche Garantien gegen deutsche Angriffe zu schaffen.

Jammervolle Zustände.

Ein Mitglied der Regierung, das der Wasserschiffungscommission sehr nahe steht, hat folgende Schilde rung tatsächlicher Vorgänge gegeben. Die deutschen Truppen, die sich am Schwarzen Meer und in Konstantinopel aufhielten, mußten, wie es im Wasserschiffungsvertrag heißt, demobilisiert werden. Der Rücktransport in die Heimat durch die Ustachie und Oesterransport wäre zweifellos auf viele Schwierigkeiten gestoßen. Infolgedessen hat die Regierung vom Verbande erst die Erlaubnis erhalten müssen, die in Frage stehenden Truppen auf dem Seeweg nach Deutschland zu bringen. In Staat hat man über diese Fragen lange verhandelt. Das Einverständnis der alliierten Regierung zur Heimreise zur See ist nunmehr erzielt worden. Die Durchführung des Vorhabens ist aber unmöglich gemacht worden, da deutsche Soldaten wieder einmal ihr Sonderinteresse vor die deutscher Kämpfer gesetzt haben. Die Regierung hatte eine Reihe von Dampfern für diesen Rücktrans port zur Verfügung gestellt. Die Dampfer wurden geprüft und waren bereit zum Auslaufen. Aus Wilhelmshaven und Helgoland sollten die notwendigen Kohlen geliefert werden. Die Kohlenräume, die von Wilhelmshaven nach Hamburg unterwegs waren, sind vom Soldatenrat in Guzhausen beschlagnahmt worden. Einer der für die Reise nach Konstantinopel bestimmten Dampfer sollte nach Kiel gehen, um dort zu laden. Da brachen in Hamburg Lohnstreitigkeiten aus, die diese Fahrt unmöglich machten. Gegenwärtig liegen die Dinge so, daß zur Heimkehr für unsere in der Furtel lebenden Truppen kein einziger Dampfer zur Verfügung steht.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Vom Staatssekretär Dr. Roeth ist ein Entwurf ausgearbeitet worden, der den Zweck hat, durch Verhinderung einer allgemeinen Arbeitsplatt die wirtschaftliche Produktion Deutschlands zu fördern. Von zuständiger Seite wird über diesen Entwurf mitgeteilt: „Es steht ähnlich dem Hilfsdienstgesetz, eine Anmeldepflicht für sämtliche männlichen Personen bestimmter Altersklassen etwa von 16 bis zu 30 Jahren, vor. Von diesen Personen sollen, vorzugsweise aus den Reihen der Arbeitslosen, geeignete Männer ausgesucht und der Landwirtschaft übertragen werden, da gerade diesem Zweige unseres wirtschaftlichen Lebens gegenwärtig etwa 1.300.000 Arbeiter fehlen; wird dieser Arbeitsmangel nicht durch Zwangsmassnahmen behoben, so werden wir im Herbst vor einer allgemeinen Hungersnot stehen, da mit den gegenwärtig verfügbaren Arbeitskräften die diesjährige Ernte nicht behoben werden kann. Sollte die Zahl der Arbeitslosen nicht ausdehnen, so wird auf solche erwerbstätigen Personen zurückgegriffen werden, deren Tätigkeit angewidriglich von geringem allgemein-wirtschaftlichen Wert sein wird.“

Nach Riedetversetzung des Russlandes hat sich in Bremen eine provisorische Regierung gebildet, die in einem Aufruf an die Bevölkerung jede Gewaltsherrschaft verwarf und den Rat der Volksbeauftragten, sowie den Volkszugrat für abgesetzt erklärt. Die Volkskommissariate und ASA werden aufgehoben. Die provvisorische Regierung wird unverzüglich nach demokratischen Grundsätzen eine verfassunggebende Nationalversammlung bilden.

Ungarn.

Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Ministers Johann Juncker zum ungarischen Gesandten bei der deutschen Republik.

Die Lebensmittelfrage.

Die Erfassung der Lebensmittel ist während der langen Kriegsjahre derart ausgestaltet worden, daß in sehr vielen Bauernfamilien Schnalbans Alchenmeister geworden ist. Es wurde alles herausgeholt, was mit Verbündungen, Polizeiaktionen, Haussuchungen etc. zu erreichen war. Weiter geht es nimmer! Wenn jetzt die Regierung noch härter „erlassen“ will, dann greift sie ins Leere. Wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern da haben auch seine Nachfolger das Recht verloren. Bevor man nunmehr weiter erfassen kann, heißt es produzieren. Der Bauer ist bereit, er wird nach wie vor seine ganze Kraft einsetzen, um dem Boden die Mittel zum Unterhalt des Volkes zu entziehen. Aber auch aus dem Boden kann man nur das herausziehen, was darin ist. Unter Boden ist aber im Laufe von nahezu fünf Jahren ausgemergelt worden. Es fehlt an Stallmist, weil der Viehstand stark vermindert war, und der Stallmist war nicht viel wert, weil die Tiere nicht gut ernährt werden konnten. Es fehlt an Kunstdünger, weil die ausländische Zulieferung gesperrt war, weil der Zulieferer zur Pulverfabrikation beschlagnahmt war und weil für die Erzeugung und den Transport anderer Verlehrsmittel die Arbeitskräfte und die Verlehrsmittel fehlten. Diese Mängel müssen zuerst behoben werden, bevor wir mehr produzieren können, und ehe wir nicht mehr produzieren, können wir auch nicht mehr erlassen.

Jetzt haben die Arbeiter das Wort! Die Nahrungsmittelproduktion ist eine Stützstange. Wenn die Landwirte genügend schwefelsaures Ammonium zur Verzügung haben, dann liefern sie ohne Zwang hinreichende Mengen Getreide, Fleisch, Fett, Milch und Butter ab. All diese schönen Dinge können aus schwefelsaurem Ammonium gemacht werden. Soll aber hinreichend Kunstdünger auf den Markt kommen, dann müssen die Fabriken tüchtig arbeiten. Tag- und Nachtarbeiten wären dringend notwendig. Die Fabriken können aber nur dann den Dauerbetrieb aufrecht erhalten, wenn sie Kohlen haben; darum müssen die Bergleute mehr Kohlen fördern, als jemals gefördert worden sind. Aber die Bergleute streiken und demzufolge geht es den umgekehrten Weg. Kohlemangel zwinge die Kunstdüngersfabriken zu Feuerschichten. Feuerschichten vermindern die Produktion an schwefelsaurem Ammonium und anderen Düngemitteln. Der Wangel an Düngemitteln hat schlechte Einflüsse zur Folge und wo schlechte Ernten eingeheimst werden, da gibt es nichts zu erfassen.

Außerdem noch eins. Die Arbeiter wollen billiges Brot. Sie verlangen aber Schichtlöhne von 30 Mark. Die Kohle auf die Preise des Kunstdüngers. Wenn aber der Bauer das Getreide für 18-14 Mark pro Zentner abgeben soll, dann kann er kein schwefelsaures Ammonium anwenden, das pro Zentner 25-30 Mark kostet. Das sollte auch dem Arbeiter klar sein, wenn er auch von der Landwirtschaft nicht viel versteht. Wenn der Bauer billig Getreide, Fleisch, Fett und Milch liefern soll, dann muß er auch die Kohle preis billig bestimmen, das versteht sich ganz von selbst. Muss er die Düngemittel hoch bezahlen und seine Produktion billig abgeben, dann tut er Gutes, und so dumum sind auch die Bauern nicht. Bei den heutigen Getreidepreisen ist die Anwendung von schwefelsaurem Ammonium ganz ausgeschlossen. Soll also die Getreideproduktion gehoben werden, dann müssen die Ammoniumpreise herunter oder die Brotpreise in die Höhe. Das ist das Einmaleins des bürgerlichen Betriebes, an dem der Bauer nichts ändern kann. Die Verhältnisse sind hier stärker als die Menschen.

Allerlei Nachrichten.

Spartakus in Bremen.

Bremen, 6. Febr. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat der Artilleriekampf in Bremen von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags gedauert; dann flautete er ab. In Bremen hat der Kampf um sangreiche Verwüstungen verursacht. Wie weiter gemeldet wird, wurde der Dom von mehreren Granaten getroffen, ebenso die Börse und das Rathaus. Besonders der Nordturm des Domes ist durch einen Volltreffer arg zugerichtet. Am neuen Rathause schlug eine Granate durch das Dach. Andere Gebäude sind ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch der größte Teil der Telegraphenlinien ist zerstört. Das Rote Kreuz hat im Rathaus eine Rettungswache eingerichtet, wohin die Verwundeten gebracht werden. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht festgestellt. In den Nachmittagsstunden sollen die Spartakisten den Kampf abgebrochen und sich nach der Größlinger-Werft zurückgezogen haben. Gegenwärtig sind Verhandlungen statt.

Der Zentralrat dankt ab.

* Berlin, 7. Febr. Der Zentralrat der deutschen Republik hat an die Nationalversammlung eine Mitteilung gelangen lassen, in der er das gebieterische Bedürfnis betont, daß Reich zu einem einheitlichen Staat umgestaltet. Als die wichtigste Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland bezeichnet der Zentralrat besonders die Bekämpfung der einzelstaatlichen Hoheitsrechte. Die Nationalversammlung hätte von keiner anderen Perspektive, besonders nicht von der Landesversammlung, beschränkt werden. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchsetzt, legt der Zentralrat sie ihm vom Reichstag der Arbeiter- und Soldatenräte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung. Wie wünschen der Arbeit der Nationalversammlung zum Glück und Heil des gesamten deutschen Volkes Erfolg.“

Was Soldatenräte kosten.

* Die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten“ schreiben: Die Soldatenräte haben bis zum Tage der neuen Kriegsmaterialien Verordnungen dem Reich täglich 100.000 Mark gelöst. Durch die neue Verordnung ist dieser ungeheure Betrag auf 40000 Mark herabgesetzt worden. Der Widerstand mancher Soldatenräte gegen die neue Regierungsmaßnahme wird dadurch in eine ganz eigenartige Beleuchtung gesetzt.

Spartakus.

In der Berliner Presse sind mehrfache Befürchtungen bezüglich neuer kommunistischer Putschversuche geäußert worden. Es ist bekannt, daß zahlreiche Agenten des russischen Bolschewismus in Berlin weilten. Weite Kreise der Berliner Bevölkerung sind schwer beunruhigt. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, stehen trotz der Detachierungen nach Bremen und Berlin stark zuverlässige Regierungstruppen in und dicht um Berlin bereit. Diese Truppen sind auf ernste Pusche gesetzt. Sie werden Berlin nach einem wohl vorbereiteten Plan besiegen, sobald dies nötig ist.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, bereitet die Regierung einen Erstschlag vor, der durch das neue Hervortreten gewalttätiger Unternehmungen veranlaßt ist. Die Regierung erklärt darin ihre Unschlüssigkeit, gewaltsame Erhebungen gegen die freiheitliche Ordnung der Demokratie niederzuhalten und betont, daß zu diesem Zweck genug geeignete Truppen zur Verfügung stehen.

Anarchistische Zustände.

Wie die „Hamburger Polizeizeitung“ meldet, ist in Hamburg in Aussichtnahme der am Samstag gefassten Beschlüsse des Großen ASA alles getan, um die Bewaffnung des Proletariats vorzubereiten. Der Hafen und die Anmarschstraßen sind durch verstärkte Wachen besetzt worden. Die im Hafen liegenden mehrere Millionen Wert darstellenden Lebensmittelmagazine wurden vom Hamburger ASA beschlagnahmt und werden stark bewacht. Auf der Wallanwerft müssen wegen Kohlenmangel zwei Drittel der Ar-

befehlsschaft feiern. Daraufhin beschlossen auch die übrigen nicht zu arbeiten. Sie veranstalteten eine Demonstration zugunsten Bremens vor dem Rathaus und zogen vor das Gewerkschaftshaus, wo der Soldatenrat in Bremen tagt.

„Euteignungsgelüste.“

Der Arbeiterrat in Ratingen will anscheinend mit der Euteignung des Großgrundbesitzes beginnen. Dem Reichsgrafen Franz v. Spee auf Schloß Leltern wurde folgendes Schreiben zugeschickt: „Im Namen des revolutionären Proletariats der Bürgermeisterei von Ratingen und Edamp. Auf Grund des zwar ungeschriebenen Revolutionsgesetzes vom 9. November 1918, das jedoch in den allgemeinen Menschenrechten begründet ist, sind ab 1. Februar die bisher auf diesen Namen eingetragenen Forste und Landwirtschaften im Bereich der Bürgermeisterei Ratingen-Edamp enteignet, d. h. die besagten Forste und verpachteten Ländereien nebst sämtlichem Zubehör, die Sie bisher als Ihr Eigentum betrachteten, sind Eigentum der obigen Kommune. Der Volkszugrat. (Dem Volkszugrat wird bald klar gemacht werden, daß ihm zu einer solchen Sozialisierung, die nichts als Plaub ist, jedes Recht fehlt.)

Die deutschen Handelsschiffe.

Nach den Bedingungen der Verlängerung des Wasserschiffungsabkommen vom 16. Januar hat die deutsche Regierung den Verbandsräten eine Liste der deutschen Handelsschiffe zu liefern, die den Verbindeten vom 16. Februar ab zum Zwecke der Leben und Sicherung Europas zur Verfügung gestellt werden sollen. Sofort nach Eingang dieser Liste wird eine Besitztumskommission von amerikanischen Offizieren auf amerikanischen Kriegsschiffen die deutschen Handelsschiffe zu orientieren. (Amerikanische Kriegsschiffe sind bereits vor Hamburg eingetroffen.)

Eine vernünftige Ansicht.

Nach dem Niederländischen Pressebüro schreibt die amerikanische Zeitung „Birmingham News“ vom 28. Januar: „Jeder Volkstrupp Deutschlands steht, wo es auf die Ansprüche ist, nicht nur unmöglich, sondern auch ein schlechtes Geschäft. Es wäre gerade so, als wenn ein Gläubiger seinen Schuldner daran hinderte, zu arbeiten, um seine Schulden abzuzahlen.“

Was den Deutschen geschehen ist.

Nach der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet die „Central News“ aus Paris vom 22. Januar, daß ein einflussreicher Mitglied der Konferenz auf die Frage, über welchen Friedensbedingungen den Deutschen gestattet werden würde, mit zu zutragen, antwortete, daß dies in der Hauptfrage die Fragen kein würden, die auf die Art und Höhe der Schadensvergütung bestehen würden. Ferner werden die Deutschen in der Frage der gerichtlichen Verfolgung derjenigen Personen, die der Verantwortlichkeit für den Krieg unterstehen werden, gehörig verfolgt werden.“

Österreichische Aufteilung.

Allgemein ist der Verband gegenwärtig mit einer Revision der politischen Verhältnisse im ehemaligen Österreich-Ungarn beschäftigt, um diese seinen programmatischen Grundsätzen, insbesondere dem Willens-Selbstbestimmungsprinzip, näher anzupassen. Die Provinzen werden von amerikanischen Studienkommissionen durchsucht, die sich hauptsächlich die Erfassung ethnographischer Verhältnisse angelegen sein lassen. Als Erfolg dieser Gerechtigkeitsaktion versprechen sich die Deutschen eine vollständige Räumung Südtirols durch die Slowenen bis zur Drau, sowie eine Räumung Südmährens seitens der Tschechen. Tatsache ist es, daß die Italiener beginnen, ihre Truppen aus Südtirol zurückzuziehen und ihre Demarkationslinie in Italien und Irland etwa um 20 Kilometer weiter nach Westen zu verlegen.

Bolschewisten im Baltikum.

Die Nevaer Zeitung veröffentlicht einen Bericht über den bolschewistischen Terror in den baltischen Provinzen. Darauf wurde eine große Anzahl von Personen in Wesenberg in baltischer Weise ermordet. Einwohner wurden zum Tode verurteilt, aus dem Gefängnis herausgezerrt und geschwungen, ihr eigenes Grab zu graben. Dann wurden sie reihenweise vor die Gräber gestellt und erschossen. Tausende von Leichen wurden in dasselbe Grab geworfen, die sich so schnell füllten, daß Arme und Beine in die Luft ragten. Unter den Opfern befinden sich viele bekannte Persönlichkeiten, ein Professor, ein Geistlicher und mehrere Frauen. In Dorpat wurden etwa 20 Personen erschossen oder entthauptet, darunter viele Geistliche.

Spartakus.

Der Arbeiterrat der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Hanau hat an das Garnisonkommando die Forderung gestellt, daß die in Hanau eingezogenen Truppen des 88. Infanterie-Regiments und die zum Schutz des Reservebataillons herangezogenen 2er Pioniere aus Teltigenstadt zurückgezogen werden. Weiter wird die Wiederaufzehrung der roten Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden verlangt. Die Forderungen sind dem Generalkommando des 18. Armeekorps vorgelegt worden.

Aufruhr in Magdeburg.

Nachts beging eine etwa 80 Mann zählende bewaffnete Rote in Soldatenuniform schwere Ausschreitungen. Die Männer bestreiten durch eine Anzahl von Handgranatenangriffen im Justizpalast 160 Gefangene, raubten das Gebäude aus und plünderten auf dem Breiten Weg zahlreiche Läden nach dem Einschlagen der Schaufenster. Die Räuber waren mit geladenen Munition versehen und gaben zahlreiche Schreckschüsse ab; doch scheint niemand verletzt worden zu sein.

Eine spätere Meldung sagt: Das Wachregiment griff energisch ein und es kam zu Schießereien, bei denen mehrere Räuber verwundet wurden. Es wurde bestossen, die Gastwirtschaften um 3 Uhr abends zu schließen. Nach 10 Uhr abends war niemand die Straße betreten.

Die Opfer in Bremen.

In Bremen herrschte, von einigen unbedeutenden kleinen Schießereien abgesehen, Ruhe. Die Divi-

von Bersenbrück bleibt während der nächsten Tage noch in Bremen, um diesen Buannd auch sicherzustellen und wird dann aus Bremen wieder zurückgezogen werden. Bisher wurden in verschiedenen Krankenhäusern 30 Fälle und 100 Verwundete eingeliefert. Das Kampf-feld wird nach weiteren Opfern abgeschaut. Die Gesamtzahl wird sich noch bedeutend erhöhen.

Berührung mit den Polen?

Neben den Gang der Verhandlungen mit den Polen verlautet, daß auf beiden Seiten versucht wird, die Verhandlungen im Geiste der Versöhnung zu führen. Man glaubt in politischen Kreisen an einen Erfolg der Verhandlungen, und zwar nach der Richtung hin, daß den Polen ein Anteil der Verwaltung in den polnischen Landesteilen eingeräumt, daß aber anstrengt von den Polen die deutsche Staatsherrschaft anerkannt wird. Auf beiden Seiten dürfte die Erkenntnis der Notwendigkeit eines gegenseitigen wirtschaftlichen Ausgleiches die Herbeiführung eines politischen Ausgleiches erleichtern.

Wilson.

Präsident Wilson in Begleitung des Präsidenten Poincaré, Deschanel, Clemenceau und Dubois wurde feierlich in der französischen Hauptstadt empfangen. Deschanel hielt eine Rede auf Amerika und Wilson und sagte u. a.: Dieser Krieg ist nicht wie andere Kriege gewesen und der Friede muß sich von anderen Frieden unterscheiden. Die Schuldigen müssen bestraft werden. Deutschland darf nicht mehr in der Lage sein, Frankreich zu bedrohen. — Präsident Wilson entgegnete, daß er immerhin die Freundschaft entfunde, die ihn mit dem französischen Volk verbindet. Die Zeit der Gefahren sei vorbei. Keine Bedrohung sei mehr möglich, ohne daß die ganze Welt sich erdreht. Ich kann nicht zugeben, fuhr Wilson fort, daß die letzte Tragödie sich wiederholt. Die ganze Welt wird die Sicherheit Frankreichs verbürgen. Wir sind ihre Freunde, ihre Kämpfer und ihre Befreider und werden es mit ihnen bleiben, damit die Welt die Freiheit genießen kann.

Die Nachricht, daß Präsident Wilson am 4. März im Kongreß sprechen wird, bestätigt sich. Er wird Frankreich am 12. Februar verlassen und nach einer sechswöchigen Abwesenheit dorthin zurückkehren.

Die griechischen Offiziere.

Aus La Canée wird gemeldet, daß die in Görlik internierten griechischen Offiziere vor einem Kriegsrat erscheinen sollen, der zu diesem Zweck in La Canée gebildet wurde. Die zuletzt Heimgelieferten haben erklärt, daß 300 griechische Offiziere die Abfahrt hätten, nicht mehr nach Griechenland zurückzukehren.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Die Gemeindewahlen.

* Frankfurt a. M., 5. Febr. In der Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar beschloß man sich mit den neu angesetzten Gemeindewahlen. Die Mehrheit will von den neuen Verordnungen nichts wissen und nahm einen Herzögen-Antag an, der wie folgt lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung erhebt nachdrücklich Einspruch gegen die Neuordnung der Gemeindewerthaltung vor Einberufung und ohne Mitwirkung der gesetzgebenden preußischen Landesversammlung. Sie erfordert den Magistrat, Schrifte zur gemeinsamen Stellungnahme der preußischen Städte gegen die Durchführung der von der preußischen Regierung erlossenen Wahlordnung schlämig zu ergehen.“

(Auch in anderen Städten wurden bereits gleichlautende Beschlüsse gefaßt. Der preußischen Landesversammlung soll das Recht zustehen über das Gemeindewahlrecht Beschluß zu fassen. Die derzeitige preußische Regierung handelt im höchsten Grade undemokratisch, wenn sie den Willen des Volkes ausschaltet und auf ungerechte Weise Verordnungen mit Gesetzeskraft erlässt, wie es die Verordnung tut, wonach sämtliche bisherigen Gemeindeverordnungen aufgelöst und bis zum 2. März Neuwahlen anzurufen werden sollen. Auch wer Anhänger des gleichen Wahlrechts für die Kommune ist, muß sich gegen die Verwaltung des Volkswillens aussprechen. Auch die Schulgeld-Erfasse sind für ungültig erklärt worden, weil die Bevölkerung die ungerechten Verordnungen ablehnte. Nicht anders wird es mit den Verordnungen zu den Gemeindewahlen gehen, wenn die Gemeindeverwaltungen für das Recht eintreten. Und das Recht besteht darin, der preußischen Landesversammlung die Entscheidung zu überlassen. Jetzt, wo wir eine gesetzte Vertretung des Volkes haben, muß diese gesetzte Vertretung auch die Gesetze erlassen, und ihr bleibt das Recht vorbehalten, das Gemeindewahlrecht so zu gestalten, wie es dem Willen des Volkes entspricht. Es wird protestiert gegen die überstürzte Umbildung der Gemeindewerthaltung. Die plötzliche Ausschaltung zahlreicher erfahrener Gemeindevertreter würde vielerorts die Fortführung einer geordneten Verwaltung äußerst gefährden. Gerade in der Kommunalverwaltung sind Gefahrungen dringend geboten. Darum sollte man fürs erste veranlassen, daß die Gemeindeskollegien abschafftweise erneuert werden.)

Generalversammlung.

* Johannisthal, 7. Febr. Der Kranken-Unterstützungsdienst Johannisthal hält am verfehlten Sonntag bei gutem Besuch seine diesjährige Generalversammlung ab. Saut Bericht machte sich — wie auch in allen anderen Krankenhäusern — die im letzten Jahre so stark aufgetretene Grippe recht sichtbar. Daher kam es, daß der Verein im Laufe des Geschäftsjahrs 671 Krankheitstage zu verzeichnen hatte (das sind fast 200 Krankheitstage gegen das Vorjahr mehr). Die Mitgliederzahl beträgt heute 91. Der Kassenbestand bei der Krankenkasse stellt sich auf Mark 1095.96 und bei der Stichkasse auf 488.58, welche Beträge in Kriegsanleihen und Sparzetteln angelegt sind. Das während des Krieges auf 80 Prozent reduzierte Krankengeld wurde wieder auf 1 Pf. pro Tag erhöht und bietet sich dadurch jederzeit Gelegenheit, im Falle einer Erkrankung eine schnelle Unterstützung zu sichern.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten nicht vergessen!

Wahlstatistik.

* Biebrich, 8. Febr. Einer nicht uninteressanten Statistik über die Wahlbeteiligung der 20jährigen begegnen wir in der „Biebricher Tagespost“. Die Statistik basiert auf einer privaten Ausstellung, welche sich ein Wahlvorsteher gemacht hat. Es nahmen danach an der Wahl teil: Männer 80,7 Proz. (bei der Wahl vor 8 Tagen 88,5 Proz.), Frauen 80,4 Proz. (88,5 Proz.), Männer im Alter von 20 Jahren 88,3 Proz., im Alter von 21—24 Jahren 54,2 Proz., von über 24 Jahren 85,1 Proz. der Wahlberechtigten. Von Frauen im Alter von über 24 Jahren 81,5 Proz. In die Augen fällt dabei die verhältnismäßig starke Wahlbeteiligung der jugendlichen Frauen gegenüber denjenigen der jungen Männer.

Ausweise mitführen!

* Kreuznach, 8. Febr. Der Stabikommandant von Kreuznach hat den Klempner Johann May zu Kreuznach mit 2 Monaten Gefängnis bestraft, weil er in betrunkenem Zustand auf der Straße angefahren wurde und weder Ausweis noch Legitimationspapiere bei sich hatte.

Die Schuhknot wird größer.

* Aus der Pfalz, 5. Febr. Unserfreudliche Nachrichten kommen aus der pfälzischen Schuhmetropole. Daraus seien die Bedeutungen berichtet: Nachdem es vor kurzem eine ganz empfindliche Rückgang der ganzen Schuhfabrikation schon für die allernächste Zeit gesehen werden mußte, wenn es nicht gelinge — bald Rohmaterial, Häute, aber auch den zum Herstellen notwendigen Stoff beizuschaffen. Einige Betriebsfirmen sollen schon vorsorglich Arbeitern deswegen gefaßt haben.

Zur allgemeinen Warnung.

* Wie schwer durch Frevelstaten einzelner ganze Gemeinden geschädigt werden können, zeigt folgender Vorfall: Den Gemeinden Soden, Neuenhain und Schwalbach wurde von dem kommandierenden General der 10. Armee eine Geldstrafe von 4200 M. auferlegt. Davon entfallen auf Soden 2000 M., Neuenhain 1500 M. und auf Schwalbach 700 M. Als Grund der Bestrafung steht die französische Militärvorwaltung des Kreises höchst a. M. folgendes mit: „In dem Gebiet zwischen den Gemeinden Soden, Neuenhain und Schwalbach sind Pfähle, Schilder und Tafeln, die die Ausstellung von Geschützen anzeigen, von Unbekannten, die bisher noch nicht ermittelt werden konnten, herausgerissen worden. Da diese Handlung ein Verbrechen an dem der französischen Armee gehörenden Material ist und außerdem die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet könnte, hat der kommandierende General die obigen Strafen verhängt.“

Gedenket der hungrenden Vögel!

* Zur jetzigen Winterzeit leiden die Vögel grohe Entbehrungen durch Futtermangel. Alle Tierfreunde mögen durch Einrichten von Futterstöcken sowie von Trinkgelegenheit den Tieren behilflich sein. Aber die kalte Jahreszeit ist gleichzeitig hinweggekommen. Die Vögel danken es uns durch ihre fleißige Bevölkerung von Anbeginn und durch den schönen Gesang in der kommenden wärmeren Jahreszeit.

Freigegebene Seilerwaren!

* Die aus den Heeresbeständen freiverwendende Seilerwaren sollen nunmehr für die Allgemeinheit weitergegeben werden. Es handelt sich um Bindfaden, Kordel, Packstücke, Leinen in verschiedenen Stärken, Augstähle, Tonwerk in verschiedenen Stärken, sämlich hergestellt aus Hanf, Flachs oder Baumwolle. Diejenigen selbständigen Handwerker, welche Bedarf an den genannten Waren haben, tun gut, diesen möglichst rasch bei der Handwerkskammer Wiesbaden anzumelden.

Etwas gemäßigtere Lebensmittelpreise.

* Bonn der Eifel, 6. Febr. In verschiedenen Gebieten der Eifel sind die Preise für die sonst von den Hamstern und Schleichenhändlern aufgelaufenen Lebensmittel im Preis wesentlich zurückgegangen. So war frisches Schweinefleisch in letzter Zeit für 4—5 M. das Pfund zu haben. Vor nicht langer Zeit wurden noch 10—12 M. für das Pfund bezahlt. In der Eifel ist auch das Pfund Butter für 8—10 M. zu haben und Speck kostet nicht viel mehr, während geräucherter Schinken, der im vergangenen Jahre sich auf 18—20 M. kostete, zu 10—12 M. abgegeben wird. Das Liter Käubl kostet sich auf 10—15 M. das Liter Butterkäubl 3—5 M. mehr.

Gesetzliche Geldscheine.

* Düsseldorf, 6. Febr. Gefälschte Einhundertmarkscheine der rheinischen Provinzialverwaltung sind in großen Mengen in Düsseldorf und in benachbarten Städten im Verkehr. Die Werkstätte der Fälscher ist jetzt in der Druckerei von Hesper und Baillon in der Corneliusstraße entdeckt worden. Es handeln sich noch grohe Mengen gefälschter Hundertmarkscheine und Zwanzigmarkscheine vor. Außer den Herstellern kamen auch mehrere Vertreiber der gefälschten Stücke in Haft.

Erhöhung der Druckpapierpreise.

* Berlin, 7. Febr. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsblattes, betreffend die Reichstelle für Druckpapier, vom 12. Febr. 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 126), wird die Bekanntmachung über Druckpapierpreise vom 25. Oktober 1918 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 256) dahin abgeändert, daß die im § 1 festgelegten Aufschläge für Lieferungen von maschinengesetztem, holzhaltem Druckpapier für den Druck von Tageszeitungen, die in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. März 1919 erfolgen, erhöht werden: a) für Rollenpapier von 42.25 auf 47.75 M. b) für Formatpapier von 46.25 auf 51.75 M. für 100 Kilogramm.

Weinzeitung.

* Aus dem Rheingau, 8. Febr. Der Geschäftsgang in 1918er Weinen hat auch im Rheingau einen ziemlichen Aufschwung erfahren und zu erheblichen Umsätzen geführt. Ganze Keller sind ausverkauft worden und in manchen Gemeinden ist das meiste abgezogen worden. Man braucht ja auch im Frühjahr 1919 nicht mit größeren und bedeutenderen Weinversteigerungen zu rechnen, da es eben an der Möglichkeit entsprechender Besuches der Weinversteigerungen mangelt. Das die Weinversteigerungen also in diesem Falle ausgeschaltet werden, ein Faktor, der angeblich an der Weinversteigerung eine so große Schuld trug, ist so weit sicher. Das aber eine Weinversteigerung eintreten wird, ist nicht sicher, wie sich gegenwärtig bei der so plötzlich und schnell eingetreteten Weinversteigerung zeigt. Auf jeden Fall sind die 1918er schnell teurer geworden und kosten heute Beträge, die man vor kurzem nicht für möglich gehalten haben würde.

* Aus Rheinhessen, 8. Febr. Es wurden auch weiter ansehnliche Verkäufe in 1918er Weinen in Rheinhessen abgeschlossen. So wurden in Weinolsheim für 50 Stück je 3500 M., Altheim 60 Stück 4200 M., Nierstein 25 Stück 4800 M., Gelsheim 20 Stück 2500—3000 M., Gelsheim 14 Stück 4500 M., Dalheim 30 Stück 3000 M., Bönenheim 10 Stück 3800 M., Oppenheim 14 Stück 4500 M., Gimbsheim 25 Stück 3700 M., Metternheim 12 Stück 3200—3800 M., Daghheim 25 Stück 3000—3500 M., Nackenheim 30 Stück 3500—4000 M., Spiesheim 15 Stück 3000 M., Wörthstadt 25 Stück 2500—2800 M. bezahlt. In Waldburkheim kostete das Stück 1918er 2800—3000 M., in Bornheim und Biehlheim gingen 30 Stück zu unbekannt gebliebenen Preisen in anderen Besitz über.

* Aus Rheinhessen, 7. Febr. Es wurde bis jetzt schon viel Arbeit in den Weinbergen erledigt. In letzter Zeit hat allerdings ziemlich harter Frost eingesetzt und die Arbeit unterbrochen. Im geschäftlichen Verkehr ist es äußerst lebhaft, es kommt fortwährend zu bedeutenden Umsätzen. Erst wurde für das Stück 1918er in der letzten Zeit in der Regel 2800—3500—4000 M., wobei die billigeren Säfte bereits meist überholt sind.

* Bonn der Nahe, 7. Febr. Die Nachfrage nach 1918er Weinen hat in der letzten Zeit eine Erhöhung erfahren und der Weinabsatz hat sich schnell erweitert. Es wurde ziemlich viel verkauft, wobei sich eine Steigerung der Preise zeigte. So kostete das Stück 1918er bis 3500 M. und mehr.

* Bonn der Mosel, 7. Febr. Die Verkäufe in 1918er Weinen waren in letzter Zeit ganz bedeutend. Der neue Wein ist ein mittleres Gewicht zum Teil aus besseren Sachen bestehend, die durch Aus- und Späleien herausgebracht werden können. Bei den verschiedenen Umsätzen der letzten Zeit stellte sich das Stück 1918er auf 2500—3500 M. Dabei wurden hunderte von Jüden in den vergangenen Wochen abgezogen und werden noch verkauft.

* Aus der Rheinpfalz, 7. Febr. Das geschäftliche Leben in den verschiedenen pfälzischen Weinbaubezirken zeigt in letzter Zeit viel Leben. Dabei haben die Preise sich schnell gehoben und sich um den doppelten und dreifachen Betrag gegen die Preise vor einigen Wochen erhöht. Im Gebiete der oberen Haardt brachte das Stück 1918er 2500—3000 M., im Gebiete der mittleren Haardt 3000—6000 M., im Gebiete der unteren Haardt 2800—3500 M. Das Stück 1917er stellte sich an der mittleren Haardt auf 7500 M. und mehr.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrich.

Güter-Versteigerung.

Donnerstag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr, lädt Frau Seb. Josef Kupperschmidt W. ihre in Destricher Gemarkung gelegenen Weinberge unter günstigen Böhlungsbedingungen öffentlich meistbietend auf dem Rathause zum Verkaufe ausbieten.

Pfähle,

große Autowahl, tannene, gerissene, lieferne, Goldlärche, Birken, gesägte und runde kanistriert. Weinbergstücke, transp. und imprägniert, in Längen 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl in Baumstücken imprägniert und kanistriert in allen Längen und Dicken.

Verkauf ab Lager gegen Kassa, Versand gegen Nachnahme.

E. Dillmann, vorm. Gregor Dillmann
Geisenheim a. Rh.

Schüler, deren Fortschritte gefährdet sind, sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir befürworten in kleinen Klassen durch einen Unterricht, der die Eigenschaft jedes Schülers besonders berücksichtigt, die vorhandenen Lücken und ergänzen dadurch unsere hervorragenden Erfolge in allen Prüfungen. In Kehl herrscht kostliche Ruhe wie mitten im Frieden. — Vorsichtige Versteigerung. — Reform-Institut, Kehl (Baden), Herrn 15.

Zugochsen

zu verkaufen.
Brockhueswerke,
Niederwalluf.

Monatsmädchen

oder Monatsfrau für kleinen Haushalt nach Winkel a. Rh. gesucht, gegen gute Vergütung. Zu erwerben in der Gspd. d. Bl.

Preislisten, Fakturen

liefern schnellstens
Adam Etienne, Destrich

Crauerbriefe — Crauerkarten

liefern schnellstens „Aheingauer Bürgerfreund“



Heute abend verschied nach schwerem, mit unsäglicher Geduld ertragenem Leiden mein geliebter Bruder, Schwager, unser guter Onkel, Grossonkel und mein lieber Freund

Herr Georg Müller.

ELTVILLE a. Rh. (Haus „Die Rose“), den 5. Februar 1919.

Elise Werner, geb. Müller,
Max Werner, Hauptmann a. D.,
Elisabeth Jhmsen, geb. Werner,
Antonie Zaun, geb. Werner,
Ernst Jhmsen, Rittmeister a. D.,
Dr. Leonhard Zaun, Reg.-Rat,
Eva und Franz-Fritz Zaun,
Fräul. Paula Volz.

Die Beisetzung findet statt vom Trauerhause in Eltvile aus am Sonntag, den 9. Februar 1919, nachmittags 3³⁰ Uhr, die Exequien am Samstag, den 8. Februar 1919, vormittags 11/2 Uhr.

Neueröffnet!

Der verehrten Einwohnerschaft von Eltvile und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich hierelbst

Burgstraße 9

eine

Immobilien-Agentur

nebst

Hypotheken-Vermittelung

eröffnet habe. Mit diesem Geschäft eröffne ich zugleich auch ein

Infasso-Bureau,

zwecks Einziehung von Forderungen aller Art sowie finanziellen Auskünften.

Bugleich empfehle ich mich zur Abhaltung von Freiwilligen Versteigerungen und zur Vermittlung von An- und Verkäufen von Häusern, Grundstücken etc.

Hochachtungsvoll

Richard Fuhrmann,

Auktionator,

Immobilien- und Hypotheken-Agentur.

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik
Heidesheim (Rheinhessen) und Mainz
übernimmt das Gerben von Grosshäuten
sowie von Kalb-, Ziegen- u. kleinen Fellen.
Ankauf von Robbäuten und Fellen
in jedem Umland.
Fabrikation von Lederwaren, Spezialität Kürme,
Geschirre, Treibriemen, Massenartikel.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß ein etwaiger Verbrauch von elektrischem Strom in leerstehenden Wohnungen, Stallungen und anderen Räumen vom Hausbesitzer dem Elektricitätswerk sofort anzumelden ist, damit ein Elektricitätsmesser angebracht wird.

Die Hausbesitzer sind für die Entnahme des Stromes haftbar, und wir weisen insbesondere auf das Reichsgesetz betr. die Bestrafung für Entziehung des elektrischen Stromes vom 9. April 1900 hin.

Rheingau-Elektricitätswerke A.-G.,
Eltville am Rhein.

Zodes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe, gute Schwester, Nichte, Cousine und Tante

Gertrude Rosa Friedrich

nach langem schwerem Leiden, heute morgen 5^{1/2} Uhr, im 41. Lebensjahr, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten zu sich abzurufen.

Um stilles Beileid bitten

Namens der trauenden Hinterbliebenen:

Joseph Friedrich.

Oestrich und Frankfurt, den 6. Februar 1919.

Die Beerdigung findet statt in Oestrich am Sonntag, den 9. Febr., nachmittags 3 Uhr, die Exequien am Montag, den 10. Febr., morgens 6^{1/2} Uhr.

Tuche

in verschiedenen Farben für
Hosen, Anzüge und Con-
firmandenanzüge, sehr gute
Qualitäten, empfiehlt zu den
billigsten Preisen.

Ernst Strauss, Oestrich
Herrnprecher Nr. 1.

Bügeln

im Hause empfiehlt sich
Frau Johann Erb,
Winkel a. Rh., Bachweg 29.

Mädchen

gesucht z. März für herrschaft-
lichen Haushalt.
Näheres bei

Frau Jos. Flechner,
Eltville, Gutenbergstr. 2.

Zitherunterricht

erteilt gründlich
Paul Berg,
Winkel, Hauptstraße 99.

Derselbe läuft auch ge-
brauchte Konzert-Zithern.

Militärstiefel

werden für Kinderschuhe unter-
gearbeitet.

Eltville, Schmittstraße 3.

Kasten-Öfen

billig zu verkaufen.

Oestrich, Brandpfad Nr. 15.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

Oestrich.

Sonntag, den 9. Febr. 1919.

5. Sonntag nach Epiphanie.

9 Uhr vorm.: Gottesdienst in

Oestrich.

1 Uhr nachm.: Gottesdienst in

Cherbach.

10. Die angekündigte Zeit ist

französis. Zeit.



Hauchdünn

trägt man Dr. Gentners Delwachslederpulz

Nigrin

auf das Leder auf, behandelt es nach einiger Zeit aber
besser am anderen Morgen rasch mit welchem wollenen
Lappen und ergibt so mühelos lackartig glänzendes und
gleichwohl wasserfestes Schuhzeug.

Hersteller, nur das so beliebte Waschlederwachs „Nigrin“: Carl Schinner, Göppingen.

Zum 1. März ein tüchtiges,
besseres

Mädchen

in Haushalt von 3 Personen

bei gutem Lohn gesucht.

Director Marmann, Eltvile,

Wolfsstraße 19.

Mitteilungen

Leiter Adam Ehrling, Oestrich.

Wachsamer Hund

gesucht.

Hans Krämer, Winkel.

Ein gut erhaltenes

Bett

zu kaufen gesucht oder Bett-

teile. Nähere Auskunft in der

Expedition dieses Blattes.

Hausmädchen,

das schon in besserem Hause

tätig war, sowie

gutes

besseres Mädchen,

in Krankenpflege, Nähen und

Bügeln erzähren.

Frau Oberamtmann E. Stassen,

Neuhof bei Hattenheim a. Rh.